



Milahader Tagblatt
Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.76 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Großkonto Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reichenberg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank Sberle & Co., Wildbad; 5 Forstheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 29174 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Vertikale 30 Pf. Rabatt nach Text. Für Differenz und bei Anstufung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konfliktfällen oder wenn gerichtliche Beilegung notwendig wird, fällt jede Rechtsbehauptung weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schönbühlstr. 81, Telephon 479. — Wohnung: Haus Bollmer.

Nummer 114

Februar 479

Dienstag den 19. Mai 1931

Februar 479

66. Jahrgang.

Briands Gegenvorschlag

Genf, 18. Mai.

Der „konstruktive Plan“ Briands gegen die deutsch-österreichische Zollgemeinschaft ist nun veröffentlicht worden. Er stellt im Grundriss zwei Systeme mit Vorzugszöllen nebeneinander, das eine zugunsten Oesterreichs, Frankreich (das auf den bisherigen Zollkonferenzen des Völkerbunds derartige Systeme bekämpft hat) bekennend sich nur unter dem Druck einer außergewöhnlichen Lage zu der jetzt von Briand vorgeschlagenen Lösung, sowie im Hinblick darauf daß es sich nur um vorübergehende Maßnahmen handle.

Die Denkschrift verrät die reichlich verspätete Erkenntnis, daß für Oesterreich, um dessen „Selbständigkeit“ man sich so sehr bemüht, bisher nichts getan worden ist. Anderer seits soll gleichzeitig die wirtschaftliche Zukunft und „Unabhängigkeit“ der östlichen Gefolgschaftsstaaten Frankreichs gesichert werden.

Die französische Regierung befürwortet in der Denkschrift ein Vorzugszollsystem für die Ausfuhrstaaten unter der Voraussetzung, daß die geschaffenen Erleichterungen nicht etwa eine Produktionssteigerung in den betreffenden Agrarausfuhrstaaten zur Folge haben dürfen. Diese Agrarstaaten sollen eine Art Gesellschaft der Verkaufsländer und eine gemeinsame Organisation für den Geschäftsabluß mit den Abfuhrländern schaffen, was gleichzeitig auch eine Annäherung der die Vorzugszölle gewährenden Industrieländer als Gegenstück zur Folge haben müsse.

Zur Behebung der Abfuhrkrise der Industriestaaten befürwortet die französische Note eine Entwicklung der internationalen Abkommen sowohl auf industriellem, als auch auf landwirtschaftlichem Gebiet. Nach bisherigen Versuchen sei eine Verständigung immer dann am leichtesten zu erzielen gewesen, wenn es sich um eine bestimmte Warengruppe handelte. In diesem Sinn wären die bereits bestehenden Kartelle auch auf andere industrielle oder Grubenprodukte, sowie gewisse Textilien, Glas, Kohle usw., sowie die landwirtschaftlichen Kartelle auf weitere Agrarprodukte wie Getreide, Mais und Holz auszudehnen. Durch solche Abkommen dürften die auch als notwendig erachteten Zollherabsetzungen wesentlich erleichtert werden.

Die Kreditbeschwerden, unter denen gewisse europäische Länder leiden, sollen durch ein Programm finanzieller Unterstützung gemildert werden. Unter gewissen Vorbehalten wäre Frankreich bereit, jede Form der Zusammenarbeit des französischen Marktes mit anderen Märkten zu erleichtern, sowohl was die laufenden Finanzmaßnahmen als auch die großen Staatsanleihen betreffe. Ein besonderes Völkerbundsfortschritt müßte derartige Anleihen oder Placierungen zweckentsprechend vorbereiten.

Auf die besonderen österreichischen Verhältnisse eingehend, betont die französische Denkschrift, die Hauptabnehmer Oesterreichs müßten ausnahmslos aufgefördert werden, ihm unter den Auspizien des Völkerbunds und auf Grund gemeinsamen Einverständnisses Erleichterungen zur Ausdehnung seiner Absatzgebiete zu bewilligen. Als Gegenleistung für diese Bevorzugung österreichischer Ausfuhr auf fremden Märkten könnte die österreichische Regierung ihren Abnehmern entweder die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen politischen Status oder neue wirtschaftliche Vorteile anbieten unter der Voraussetzung, daß diese Gegenleistungen allen meistbegünstigten Staaten zugute kommen.

Die Aussprache im Europa-Ausschuß

Der italienische Außenminister Grandi stellte im Gegensatz zu Briand fest, daß die Ursachen der Wirtschaftskrise noch heute auf den Weltkrieg zurückgehen. Trotz aller Konferenzen sei es immer schlimmer geworden. An einer Kredithilfe würde sich die italienische Regierung beteiligen. Die von Briand befürworteten Industriefartelle haben noch zu keinem Zollabbaue geführt. Der sogenannte „Zollwaffenstillstand“ sei täglich gescheitert. Durch Vorzugszölle zu einer allgemein gültigen Regelung zu gelangen, sei schwer; auf diesen Weg könne man nur durch unmittelbare Abmachungen zwischen den einzelnen Staaten gelangen. Ob die Zollunion das einzige Mittel sei, um vorwärts zu kommen, sei noch die Frage; gewisse politische Schwierigkeiten könnten dabei entstehen. Die Hauptsache sei, daß Zollunionen nicht eine Form annehmen, die die vertragsschließenden Staaten hindere, mit dritten Staaten Sonderabkommen abzuschließen. Grundsätzlich habe Italien sich stets für den Gedanken unmittelbarer Verständigung von Staat zu Staat eingesetzt.

Vizekanzler Dr. Schober

erklärte in englischer Sprache, die österreichische Wirtschaftskrise sei eine europäische. Politische und wirtschaftliche Hindernisse haben die bisher seit 1922 unternommenen Versuche der Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Nachbarstaaten (Deutschland, Tschechoslowakei und Italien) immer wieder aufgehalten. Seit dem Fehlschlag der Weltwirtschaftskonferenz 1927 sei man in Oesterreich zu der Überzeugung gelangt, daß neue Wege eingeschlagen werden müssen, um die spezifisch österreichische Wirtschaftsnot zu beheben. Eine dieser Wege wäre das System der Vor-

Tagespiegel

Eine Zeitungsmeldung über eine neue Notverordnung betr. Kürzung der Beamtengehälter und der Sozialleistungen wird amtlich als reine Kombination bezeichnet.

Das Verbot der deutschnationalen „Oberhessischen Tageszeitung“ in Oppeln wurde vom Oberpräsidenten zurückgenommen.

Der 31. Parteitag der Deutsch-Hannoverschen Partei in Lüneburg verlange die reichsunmittelbare Stellung (d. h. Loslösung von Preußen) der Heimatprovinz Hannover unter Anschluß von Braunschweig, Schaumburg und Oldenburg als „Land Niederachsen“.

Aus Wien wird gemeldet, daß dort Gerüchte über eine Regierungskrise umliefen. Die Parteien sind unzufrieden, daß die Regierungspläne über die Gesundung des Staatshaushalts nicht recht vom Fleck kommen. Großdeutsche, Heimatbund und Sozialdemokratie lehnen die Regierungsvorschläge, besonders die Befoldungssteuer, ab.

Es verlautet, Briand werde bereits am Donnerstag wieder in Paris sein. Er werde sein Rücktrittsgeheiß aufrechterhalten.

Am Montag wurde in London die internationale Konferenz der Getreideaufuhrländer eröffnet, an der 40 Vertreter aus 11 Ländern, darunter Rußland, teilnehmen. Die Konferenz wird u. a. über Maßnahmen gegen den Schleicherverkauf von Getreide unter dem Erzeugerpreis beraten.

zugszölle. Aber abgesehen von den technischen Schwierigkeiten ergebe sich hier die politische Schwierigkeit, daß die Zustimmung der meistbegünstigten Staaten erforderlich sei. Für Oesterreich ergebe sich also als Ausweg nur der Abschluß einer Zollunion.

Die gegen die Zollunion vorgebrachten Einwände seien nicht stichhaltig, vor allem, daß gleichzeitig Verhandlungen mit mehreren Staaten stattfinden müßten, und daß andere Einwände, daß bei zweiseitigen Verhandlungen feindliche Wirtschaftsbünde entstehen könnten, Oesterreich müsse auf positiven Verhandlungen mit anderen europäischen Staaten bestehen und könne nicht länger warten.

Nachdem Dr. Curtius erklärt hatte, daß Deutschland bereit sei, mit allen Staaten derartige Verhandlungen zu führen, erhob sich

Briand

zu einer scharfen Erklärung, die er mit erregter Stimme an Dr. Curtius richtete: „Es ist erste Pflicht der Genfer Besprechungen, alles auszusuchen, was die europäischen Beziehungen gefährden könnte. Eine Union mag für zwei Staaten gut sein, aber für Europa bedeutet sie eine Gefahr, eine Bedrohung, eine Erschütterung sondergleichen, die heranzubehördern Deutschland kein Recht hat. Was durch die Verträge unterjagt ist oder gegen den Geist der Verträge verstößt, ist nicht erlaubt und kann nicht angenommen werden.“

Einige Blätter beschwerten sich, daß WTB. in seinem Bericht die scharfen Stellen der Rede Briands weggelassen und nur die freundlicheren Worte berücksichtigt habe. Auf diese Weise erhalte man kein wahrheitsgetreues Bild der wichtigen Verhandlungen.

Henderfons Vorschlag im Völkerbundsrat

Genf, 18. Mai. In der ersten Sitzung des Völkerbundsrats am Montag schlug der englische Außenminister Henderfon folgende Entschlieung hinsichtlich des deutsch-österreichischen Abkommens vor:

„Der Völkerbundsrat bittet den Ständigen Internationalen Gerichtshof, gemäß Artikel 14 des Statuts über folgende Frage sein Gutachten zu erlassen: Würde eine zwischen Deutschland und Oesterreich auf der Grundlage und in den Grenzen der in dem Protokoll vom 19. März 1931 vorgesehenen Grundsätze getroffene Vereinbarung mit Artikel 88 des Vertrags von St. Germain und mit dem am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Protokoll Nr. 1 vereinbar sein?“

Henderfon sprach die Erwartung aus, daß der österreichische Vertreter damit einverstanden sein werde, daß bis zur Entscheidung des Rats über das Gutachten des Gerichtshofs die Verhandlungen über die Zollunion keinen Fortgang nehmen. Die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion sei auf seinen Antrag auf die Tagesordnung des Völkerbundsrats gesetzt worden. Er beabsichtige nicht, die guten Absichten der deutschen und österreichischen Regierung in

Flechten

Handausschläge, Hauterkrankungen, Kopfschmerzen, Rheuma-Schmerzen, bei Nichterfolg Geld zurück. Probep. RM. 3.20. Versand nur durch Versandpost. Uebhardt & Co., Cohnstr. 11, N.

Dieser Angelegenheit in Zweifel zu ziehen. Sie seien durch zwingende wirtschaftliche Gründe zu ihrem Schritt veranlaßt worden.

Vizekanzler Schober erwiderte in englischer Sprache: Ich könnte einfach erklären, daß ich dem Antrag des Herrn Henderfon zustimme. Da aber Oesterreich der Verletzung des ersten Genfer Protokolls beschuldigt und dies auch in der französischen Denkschrift behauptet wird, muß Oesterreich seinen Rechtsstandpunkt darlegen. Die in dieser Denkschrift aufgeworfene Frage, ob die geplante Zollunion Oesterreich wirtschaftliche Vorteile bringen würde, muß wohl Oesterreich selbst überlassen werden. Die weitere Frage der Meistbegünstigung wolle er hier nicht behandeln. Den Vorwurf der Heimlichkeit bei den österreichisch-deutschen Verhandlungen müsse er aber zurückweisen. Im einzelnen handle es sich bei der Rechtsfrage um das Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922. Oesterreich habe sich damals verpflichtet, sich seiner Unabhängigkeit nicht zu begeben. Oesterreich wolle das Protokoll nicht spitzfindig auslegen, müsse sich aber gegen eine zu weite Auslegung, die zu einer Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit führen würde, verwahren. Es sei unmöglich, zu behaupten, daß durch einen so aufgebauten Vertrag Oesterreich sich seiner Unabhängigkeit begeben habe. Die beiden Staaten haben sich die Vertragsbestimmungen stets vor Augen gehalten; nachdrücklich müsse erklärt werden, daß der Standpunkt der Gleichberechtigung durchaus ernst gemeint sei. Auch die Annahme, daß ein kleiner Staat von den ihm eingeräumten Rechten einer Zollunion gegenüber seinen mächtigeren Partnern nicht Gebrauch machen könne, widerspreche jeder Wahrscheinlichkeit und den von Oesterreich in der Frage der Zollunion gemachten Erfahrungen.

Die österreichische Regierung verhandle jetzt mit mehreren Nachbarstaaten über neue Verträge, die am 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten sollen. Oesterreich und Deutschland seien bereit, auch jeder für sich mit dritten Staaten über eine Angleichung der handelspolitischen Verhältnisse und die Herstellung des freien Warenverkehrs zu verhandeln. All das beweise, daß Oesterreich seine handelspolitische Unabhängigkeit nicht aufgebe.

Wenn schon auf Grund des Genfer Protokolls gegen den geplanten Vertrag keine Einwendungen erhoben werden könnten, dann sei es gewiß nicht zulässig, Schobers Besprechungen mit Dr. Curtius als eine „Verletzung des Genfer Protokolls“ zu bezeichnen. Das wichtigste Element der Souveränität eines Staats ist sein Recht, mit anderen Staaten zu verhandeln. Eine zu weite Auslegung des Genfer Protokolls würde die „Sorge des Auslands um Oesterreichs Unabhängigkeit“ so weit treiben, daß Oesterreich aktionsunfähig gegenüber dem Ausland würde. Das Genfer Protokoll verpflichte nicht nur Oesterreich zur Bewahrung seiner Unabhängigkeit, sondern auch die Mächte zu deren Respektierung. Schober erklärte sich im übrigen vorbehaltlos mit Henderfons Vorschlag einverstanden.

Der hartnäckige Briand

Briand antwortete, Frankreich betrachte trotz aller Erklärungen und Zusicherungen die Zollunion weiterhin mit Beunruhigung. Die rechtsgültige Auslegung des Vertrags von St. Germain durch das Genfer Protokoll von 1922 setze die wirtschaftliche Unabhängigkeit der politischen Unabhängigkeit Oesterreichs gleich. Wenn man auch einige der in der französischen Denkschrift dargelegten Gründe bestritten wolle, so bleibe doch die Tatsache bestehen, daß die Zollunion im Austausch für einen ungewissen wirtschaftlichen Vorteil sicher eine politische Gefahr, eine Bedrohung der Ruhe Europas darstelle. Er sei mit Henderfon darin einverstanden, daß es sich um eine wesentlich juristische Frage handle. Er halte aber daran fest, daß sie auch andere Fragen aufwerfe. Wenn der Rat sich zur Entscheidung der Rechtsfrage nicht selbst für zuständig halte, so sei die französische Regierung damit einverstanden, daß ein Gutachten des Haager Gerichtshofs eingeholt werde.

Grandi

Der italienische Außenminister Grandi erklärte: Wenn man einmal von den politischen Erwägungen ganz absehe, so sei es keineswegs sicher, daß die Zollunion das Heilmittel für die Wirtschaftskrise in Deutschland und Oesterreich sei. Juristisch bestehen Verträge und Protokolle, die man nicht beiseite schieben könne. Der Entschlieung Henderfons stimme er zu. Der Wiederaufbau Europas könne nur durch gemeinsame Arbeit und im Geist der internationalen Solidarität vollzogen werden.

Curtius

Reichsaußenminister Dr. Curtius führte darauf aus: Die deutsche Regierung hat sich auf Grund einer gewissenhaften Prüfung der Rechtslage davon überzeugt, daß die mit der österreichischen Regierung vereinbarten Richtlinien sich vollständig im Rahmen der bestehenden Verträge halten. Die Auffassung der deutschen Regierung geht nicht dahin, das Zollunionen ein Allheilmittel seien und sie erwartet auch von der deutsch-österreichischen Zollunion nicht alles. Aber sie glaubt, daß beide Methoden angebracht seien, der Aufbau von unten durch realen Verträge und die Zusammen-



fassung nach zentralen Gesichtspunkten. Gegenüber den geschichtlichen Beispielen der französischen Denkschrift ist geltend zu machen, daß die früheren Fälle von Zollunionen in keiner Weise den Schluß rechtfertigen, daß jede Zollunion zu einer weiteren Verschmelzung der Staaten führe. Das gilt auch von dem Deutschen Zollverein von 1848, der die Selbständigkeit seiner Mitgliedstaaten so wenig berührt habe, daß sie 1866 sogar Krieg miteinander führten.

Ich muß den Verzicht zurückweisen, neben der Rechtsfrage auch politische Fragen in die Debatte zu werfen. Wir sind damit einverstanden, daß der Haager Gerichtshof die Rechtsfrage klärt. Es ist aber nicht zulässig, daneben den Völkerbund anzurufen, um den Vertrag hier unter dem Gesichtspunkt einer Störung des europäischen Einvernehmens oder gar des europäischen Friedens zur Debatte zu stellen. Wohin sollten wir hier im Völkerbundsrat kommen, wenn wirtschaftliche Verträge, auch wenn ihre rechtliche Zulässigkeit festgestellt ist, hier daraufhin untersucht würden, ob sie einzelnen Mächten erwünscht oder vorteilhaft erscheinen oder nicht? Hat man das in anderen Fällen getan, wo ähnliche Pläne gefaßt worden sind? Die Besonderheit des deutsch-österreichischen Falls liegt nur in geltenden vertraglichen Bestimmungen. In diese Frage geklärt, es würde eine darüber hinausreichende Befassung des Völkerbunds mit der Angelegenheit nichts anderes bedeuten, als unsere beiden Staaten als Staaten minderen Rechts zu behandeln. Die deutsche Regierung und die österreichische haben übereinstimmend erklärt, daß sie mit diesem Plan keinerlei politische Absicht verfolgen. Sie können verlangen, daß man dieser Erklärung Glauben schenkt. Sie können das um so mehr, als sie, wie ich schon im Europäischen Studienauschuss ausgeführt habe, bereit sind, mit allen Staaten auf der gleichen Grundlage und auch über andere Vorschläge zu verhandeln.

### Rückzug Deutschlands?

Paris, 18. Mai. Die dem Außenministerium nahestehenden Blätter behaupten, Deutschland habe nach dem entschiedenen Auftreten Briands in Genf in der Angelegenheit der Zollgemeinschaft bereits den Rückzug angetreten. Die Pariser Ausgabe des „Newport Herald“ meldet aus Genf, Dr. Schöber habe erklärt, wenn Frankreich seinen Plan früher bekanntgegeben hätte, so hätte Österreich sein Abkommen mit Deutschland vielleicht nicht abgeschlossen. Das Blatt hält es für möglich, daß Frankreich Österreich von Deutschland abspenstig machen könne.

### Danzig nimmt an der Sitzung des Europa-Komitees nicht teil

Danzig, 18. Mai. Mit Rücksicht darauf, daß die Freie Stadt Danzig die Einladung zu der am 15. begonnenen Sitzung des Europa-Komitees durch die polnische Regierung erst heute übermittelt erhielt, hat sich die Danziger Regierung entschlossen, der Einladung nicht Folge zu leisten.

## Neue Nachrichten

### Das Marine-Programm

Berlin, 18. Mai. Ueber die Durchführung des vom Reichstag bewilligten Schiffbau-Ersatzplans wird mitgeteilt: Zunächst sollen die vier ältesten Panzerschiffe ersetzt werden, was unausschiebbar geworden ist. Der zweite Plan wird den Ersatz der übrigen aus dem Jahre 1914 bis 1928 und der letzten drei Kreuzer enthalten. Auch diese sieben Schiffe haben ihr im Versailler Vertrag festgelegtes Lebensalter bereits überschritten. Als neue Ersatzbauten erscheinen in dem Plan drei Panzerschiffe, „Ersatz Lothringen“ 1931-1934, „Ersatz Braunschweig“ 1932 bis 1936, „Ersatz Elsass“ von 1934 an. Für die Ausführung des Schiffbauersatzplans ist eine jährliche Rate von etwa 50 Millionen Mark angelegt. Das Panzerschiff „Ersatz Preußen“ steht bei den deutschen Werken Kiel vor der Fertigstellung. „Ersatz Lothringen“ soll bei der Marinewerft in Wilhelmshaven gebaut werden. Die Bauwerft der Schiffe „Ersatz Braunschweig“ und „Ersatz Elsass“ bleibt vorbehalten. Der Bau der Panzerschiffe wird möglichst ehestig, um eine stetige Beschäftigung der Marinewerft Wilhelmshaven zu erreichen. Ein Strecken des Baus von drei auf vier Jahre ist unter Berücksichtigung der Kosten noch tragbar und wird deshalb vorgesehen. Darüber hinaus verlängert wäre der Bau zu unwirtschaftlich. Die Baukosten für das Panzerschiff B stellen sich in Wilhelmshaven auf 73 Millionen Mk. Sie würden für das Panzerschiff A in Kiel 75 Millionen betragen. Der Preisunterschied erklärt sich daraus, daß die Deutschen Werke Kiel A. G. einen Betriebskostenzuschlag fordern, der bei der Marinewerft außer Betracht bleibt, da die Betriebskosten dieser Werft als Staatsbetrieb sowie dem Reich zufallen.

## Zumpe macht Karriere.

Eines Pechvogels lustige Geschichte von Fritz Körner.

3. Fortsetzung. Nachdruck verboten.  
„Na, so schlimm wird das nicht sein, lieber Herr Zumpe. Auf dem Ministerium sind auch nette Menschen!“  
„Ein Trost, gnädige Frau!“  
Utschi warf ein. Mit spitzbübischem Lächeln, das sich Anton nicht denken konnte, fragte sie: „In welchem Ministerium ist denn Ihr Bruder Ministerialdirektor?“  
„Keine Ahnung! Was weiß ich! Mir solls gleich sein. Ich nehme sogar das Kriegsministerium mit in den Kauf.“  
In dem Augenblick wurde die Totalisatorquote bekannt. Ueberall schwirrten Zahlen von Mund zu Mund.  
Utschi horchte auf, sah dann nach der Tafel... richtig, es stimmte 237:10 gab es auf den Sieg Utschis.  
„Das nenne ich Glück, meine Damen! Wollen Sie mir erlauben, daß ich Ihnen das Geld vom Schalter hole?“  
„Sie sind sehr lebenswürdig!“  
Utschi überreichte ihm das Ticket und nach wenigen Minuten war sie im Besitz von 237 Mark.  
Die Unterhaltung kam wieder in Gang.  
Die Augen Frau Margots lagen prüfend auf dem offenen Gesicht Zumpes.  
Dann sagte sie: „Zu was für einem Beruf haben Sie denn Lust, Herr Zumpe?“  
„Das kann ich Ihnen nicht verraten, gnädige Frau!“  
„Ist das so schlimm?“  
„Sehr! Mein gutes Muttchen war außer sich, als ich es einmal sagte.“  
Utschi fragte schelmisch: „Aber mir werden Sie es doch verraten?“

## Kommunistischer Ueberfall auf einen Gesängerein

Berlin, 18. Mai. In Liebenau bei Schwiebus (Mark) feierte in der Nacht zum Sonntag ein Gesängerein in einem Lokal am Marktplatz sein Stiftungsfest. Plötzlich erschienen kurz vor Mitternacht mehrere Autos, die mit Kommunisten voll besetzt waren. Die Kommunisten griffen Steine an und schlugen damit fast sämtliche Fenster Scheiben der am Marktplatz gelegenen Häuser ein. Dann stürmten sie ein Freizeitschiff und zerstörten die Auslage. Ehe noch Landläger erschienen waren, besetzten die Kommunisten sämtliche Zugänge zu der Gastwirtschaft, in der sich der Gesängerein aufhielt. Mit Knüppeln, Stöcken, Riemen schlugen dann die Kommunisten auf die Festteilnehmer ein. Die Mitglieder des Gesängereins wehrten sich mit Stühlen und Biergläsern so gut sie konnten. Darauf gaben die Kommunisten mehrere Schüsse ab. Nachdem das Lokal in ein Trümmerfeld verwandelt war und drei Schwerverletzte und fünf leichter Verletzte auf dem Fußboden bewußlos liegen geblieben waren, verließen die Kommunisten mit ihren Autos das Städtchen in rasender Fahrt. Ein Parteigenosse, der ebenfalls schwer verletzt war, mußte in Liebenau zurückgelassen werden. Sämtliche Verletzte, acht Mann, wurden in das Krankenhaus n. Schwiebus übergeführt. Bei einigen besteht Lebensgefahr. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung der Vorfälle eingeleitet.

### Kommunistische Zerfetzungsarbeit im Reichsheer

Berlin, 18. Mai. Wegen eines Versuches, kommunistische Zerfetzung in die Truppe zu tragen, wurden in Hannover zwei Obergefreite festgenommen und der Staatsanwaltschaft übergeben.

### Die Wahlen in Oldenburg

#### Starker Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten

Oldenburg, 18. Mai. Die gestrigen Landtagswahlen hatten nach amtlicher Feststellung folgendes Ergebnis:

	Landtagswahl 1931	Landtagswahl 1928	Reichstagswahl 14. 9. 30
DBP	5 598 (2)	41 113 (5)	13 431
Soz. P.	54 808 (11)	67 005 (15)	66 148
Dem. Staatsp.	8 513 (1)	24 711 (5)	13 579
Nat.-Soz.	97 778 (19)	17 457 (3)	76 216
Komm.	19 389 (3)	8 490 (1)	13 933
Wirtsch.-Partei	4 274 (-)	11 763 (2)	10 029
Landvolk	5 403 (1)	14 450 (3)	12 756
Chr.-Soz. Bd.	3 000 (-)	1 343 (-)	3 054
Zentrum	46 192 (9)	39 602 (9)	47 733
Deutschnationale	12 689 (2)	(4)	14 203

Bei der Landtagswahl 1928 gingen Deutschnationale und DBP zusammen.

Im Kreis Birkenfeld fielen auf die Gemeinschaftsliste der Deutschnationalen und der Volkspartei 5194 Stimmen mit 1 Mandat.

Die Wahlbeteiligung betrug etwa 85 v. H. Wie verlautet, wird die Regierung nicht zurücktreten, sondern die Entscheidung des Landtags abwarten.

### Verhaftung wegen Spionage in Bremen

Bremen, 18. Mai. Durch die hiesige politische Polizei sind in den letzten Tagen mehrere Personen wegen Spionage festgenommen worden. Es handelt sich um Angehörige der kommunistischen Partei, größtenteils um Funktionäre, die einer weit verzweigten Organisation angehören, welche militärische und wirtschaftliche Spionage für eine ausländische Macht betreiben. Bei den Hausdurchsuchungen wurde wichtiges Material festgestellt.

### Drei französische Marineflugzeuge in Schweinfurt beschlagnahmt

Schweinfurt (Unterfranken), 18. Mai. Am Sonntagabend 8 Uhr landeten auf dem Flugplatz Schweinfurt drei große französische Jagdflugzeuge, nachdem sie über der Stadt gefreist hatten. Sie waren mit je zwei Maschinengewehren ausgerüstet und waren von einem Marineleutnant und zwei Offiziersanwärtern geführt. Diese behaupteten, sie hätten die Richtung verloren und sich verfahren; weil der Treibstoff ausgegangen sei, hätten sie landen müssen. Der Vorfall wurde den französischen Militärbehörden und Konsulaten und der Flugpolizei in Nürnberg zur Kenntnis gebracht. Die drei Maschinen wurden beschlagnahmt und die Führer als Schutzhäftlinge unter Aufsicht von Kriminalbeamten gestellt. Die Untersuchung war rasch abgeschlossen. Die Entscheidung über die Freigabe der Flugzeuge liegt nunmehr beim Reichswehrministerium.

### Der Bischof von Vitoria verläßt Spanien

Madrid, 18. Mai. Der Minister des Innern hat dem

Bischof von Vitoria den Rat gegeben, Spanien zu verlassen, da er durch seine politische Tätigkeit den öffentlichen Frieden gefährde. Der Prälat ist nach Frankreich abgereist, wo sich auch der Kardinalprimas Segura von Toledo bereits befindet.

### Bombenanschläge in Lissabon

Lissabon, 18. Mai. Nach einer Kundgebung zu Ehren des Präsidenten der Republik im Colosseum explodierte hier auf dem Rossoplatz heute nacht gegen 2 Uhr inmitten der die Veranstaltung in dichten Scharen verlassenden Teilnehmer eine Bombe. Auch an anderen Stellen der Stadt wurden ungefähr zu gleicher Zeit Bomben zur Explosion gebracht. Die erregte Volksmenge zog vor das Gebäude der Zeitung „Republica“, drang in die Redaktionsräume ein und warf das Mobiliar auf die Straße. Die Anzahl der durch die Bomben Verletzten soll ungefähr 10 betragen.

### Eine amtliche Erklärung in Sachen der Oesterreichischen Kreditanstalt

Wien, 18. Mai. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Zeitungsmeldungen über ein französisches Angebot auf Uebernahme der in österreichischem Staatsbesitz befindlichen Aktien der Oesterreichischen Kreditanstalt und über eine Ablehnung dieses Angebots durch den österreichischen Finanzminister nicht den Tatsachen entsprechen.

## Württemberg

### Württ. Gauparteitag der NSDAP.

Stuttgart, 18. Mai. Am Samstag und Sonntag fand in Stuttgart der Parteitag des Gau Württemberg und Hohenzollern der NSDAP statt. Der Samstag nachmittag vereinigte die Unterführer der verschiedenen Fachgebiete zu Sondertagungen. Am Abend sprach in der Riederhalle der Führer der nationalsozialistischen Gruppe im preussischen Landtag, Wilhelm Kube, über das Thema „Hitlers Kampf um Deutschlands Weltgeltung“. Heute standen sich in Europa vier Machtgruppen gegenüber: der italienische Machtkreis, der französische mit seinen Trabanten Polen, Tschechoslowakei und Südslawien, der englische mit Belgien, den Nordstaaten und Sowjetrußland. Die Nationalsozialisten hatten es mit dem Grundgesetz: Die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde. Frankreich war, ist und wird immer unser Feind bleiben. Deswegen muß mit den künftigen Gegnern Frankreichs ein künftiges Bündnis vorbereitet werden, und das ist mit England und Italien.

Am Sonntag vormittag fand der Gaufongress statt. Zu Beginn gab Gaugeschäftsführer Schmidt den Tätigkeitsbericht. Die Partei rüfte für den Gemeindefeldkampf im Spätjahr. Der Oberführer der SA-Gruppe Süd-West, v. Jagow, gab einen Bericht über die Entwicklung der württ. SA. Dann sprach Landtagsabgeordneter Professor Mergenthaler über die politische Lage in Württemberg. Auch in Württemberg dränge die politische Entwicklung zu einer baldigen Entscheidung. Bei der kommenden Landtagswahl werde das Zentrum mit den jetzigen Koalitionsparteien nicht mehr zum Zug kommen und die Sozialdemokraten können mit dem Zentrum allein keine Mehrheit mehr bilden. — Um 11 1/2 Uhr begann der Aufmarsch der württembergischen SA, SS und Hitlerjugend. Auf dem Marktplatz sprachen Reichstagsabg. Dreher, Landtagsabgeordneter Mergenthaler und Reichstagsabg. Gauleiter Murr. Am Beraplatz nahm der Oberführer v. Jagow den Vorbeimarsch der Tausende ab. — Am Nachmittag fand in der Riederhalle ein Militärkonzert der SA-Kapelle statt, und die Ortsgruppe beschloß den Parteitag mit einem deutschen Abend.

Gründung des nationalsozialistischen Lehrerbunds. Der nationalsozialistische Lehrerbund ist aus Anlaß des Gauparteitags am 16. Mai 1931 gegründet worden. Aufgabe des Bundes soll sein, den Aufbau der deutschen Schule im kommenden deutschen Staat vorzubereiten und die Fragen der inneren und äußeren Schulgestaltung zu klären. Pflicht der Mitglieder des nat.-soz. Lehrerbunds soll es sein, sich jeder parteipolitischen Betätigung im Dienst zu enthalten.

### Stuttgart, 18. Mai.

Sonntagsrückfahrkarten zu Pfingsten. Von der RBD. Stuttgart wird mitgeteilt: Ueber die Pfingstfeiertage können die ermäßigten Sonntagsrückfahrkarten zu Ausflügen und Reisen, besonders auch auf größere Entfernungen, gütig ausgenützt werden. Die Hinreise ist bereits vom Freitag, den 26. Mai, von mittags 12 Uhr an, bis Pfingstmontag möglich. Zur Rückfahrt berechnen die Sonntagsrückfahrkarten von Freitag vor Pfingsten bis Pfingstmontag und

Zumpe zwinkerte sie lustig an. „Ihren reizenden Blauaugen zu widerstehen, ist unmöglich...“  
Frau Margot drohte lächelnd. „Herr Zumpe...!“  
„Gnädige Frau... es kommt mir von Herzen... Sie müssen doch glücklich sein, eine so reizende Tochter zu haben.“  
„Genug, genug!“ lachte Frau Margot hell auf. „Ei, Sie Schmeichler, die jungen Mädchen in Burtehude werden Sie vermissen... also welcher Beruf sagt Ihnen am meisten zu?“  
„Boger!“  
Jetzt war es heraus. Einen Augenblick sahen sich Utschi und ihre Mutter entgeistert an, denn sie hatten alles, nur das nicht, erwartet. Dann lachten sie hell auf.  
„Boger! Verstehen Sie denn was davon?“  
„Gewiß, gnädige Frau! Ich habe eine harte Schule durch einen... ganz großen Boger hinter mir. Ich bin Amateur und habe viele Preise davongetragen.“  
„Dann werden Sie doch Boger! Den Mumm scheinen Sie ja zu haben,“ warf Utschi ein.  
Zumpe sah vor sich hin. „Ja... das hat einen Haken... meine Mutter... sie hat mich gebeten und... ich konnte es ihr nicht abschlagen, es ist meine Mutter, und drum habe ich mich entschlossen, mich mit anderen blauen Augen zu beschäftigen und nicht mit den eigenen.“  
In dem Augenblick trat ein großer stattlicher Herr an den Tisch.  
„Ah... gnädige Frau!“ begrüßte er die Damen.  
„Gnädiges Fräulein... auch auf dem Rennplatz! Schöner Tag heute, Frau Minister... Was man sagt, bleibt hinten! Oder sind sie zufrieden?“

„Danke!“ warf Utschi ein. „Ich habe auf Utschi gefaßt! Das war Mamas Tip... hat gewonnen! 237:10.“  
Der Herr erstarrte, Zumpe aber sah wie versteinert am Tisch.  
Welch eine Situation, er... Anton Zumpe aus Burtehude, sah mit einer Frau... Minister und ihrer Tochter an einem Tische. Hatte sie zum Tee eingeladen!  
Nicht zu glauben!  
„Aun, Herr Zumpe, wir sind plötzlich so schweigm geworden?“ fragte Utschi lachend.  
Zumpe stimmte ein.  
„Ich war... ehrlich gesagt... einen Augenblick platt!“  
„Ach so, als Herr Geheimrat Selger... Frau Minister sagte?“  
„Ganz recht, gnädiges Fräulein. Das war zu viel!“  
„Erholen Sie sich nur recht rasch von Ihrem Schreck, Herr Zumpe!“ sagte die Frau Minister gutgelaunt. „Ich möchte mich jetzt reوانgieren und lade Sie ein, mit uns zusammen heimzufahren und bei mir eine Tasse Tee zu trinken.“  
„Die ich selbst zu Ehren unseres lieben Gastes kochen werde.“ ergänzte Utschi mit Schelmchen.  
Zumpe sah die beiden Damen, die sich köstlich amüsierten, hilflos an.  
„Eine Tasse Tee... Frau Minister... gnädige Frau... ich bin schon wieder platt.“  
„Wir haben uns so nett unterhalten! Mein Mann wird sich freuen, in Ihnen einen neuen Ministeranwärter begrüßen zu können!“  
„Um Gottes willen!“ (Fortsetzung folgt.)





am Dienstag bis 9 Uhr vormittags. Am Dienstag muß die Rückfahrt auf dem Zielbahnhof der Fahrkarte spätestens um 9 Uhr angetreten werden. Nach 9 Uhr darf die Rückfahrt am Dienstag nicht mehr unterbrochen werden. Die Benutzung von Schnellzügen mit Sonntagsrückfahrkarten ist von Freitag vor bis Dienstag nach Pfingsten ausgeschlossen; dagegen können Einzüge gegen Lösung des tarifmäßigen Zuschlags benützt werden.

**Störungen des Rundfunkempfangs durch die Straßenbahnen in Stuttgart.** Von der Oberpostdirektion wird uns geschrieben: Die Deutsche Reichspost und die Stuttgarter Straßenbahnen haben in den letzten Monaten Erhebungen über die Art und den Umfang der durch die Straßenbahnen verursachten Störungen des Rundfunkempfangs vorgenommen. Verschiedene Mißverständnisse konnten geklärt und ein Plan für das weitere Vorgehen aufgestellt werden. Die Straßenbahn wird darnach ihre Betriebsführung, soweit möglich, unter dem Gesichtspunkt des Rundfunks und der Störungsmilderung handhaben und einen Kostenübertrag über den Umbau der Fahrdrähte, Änderung der Aufhängvorrichtungen, sowie Erlass der Rollenstromabnehmer durch Scherenstromabnehmer der Oberpostdirektion mitteilen. Auf der damit gewonnenen Grundlage wird dann in Bälde über die Aufbringung der erheblichen Kosten entschieden werden können.

**Tagung des Landesverbandes zur Bekämpfung des Krebses.** Der Landesverband Württemberg und Hohenzollern zur Erforschung und Bekämpfung des Krebses hielt im Vortragsaal des medizinischen Landesuntersuchungsamts seine Mitgliederversammlung ab. Nach Erledigung der geschäftlichen Seite der Tagesordnung hielt Professor Dr. Jüngling vom Katharinenhospital einen Vortrag über „Die Möglichkeiten der Radiumbehandlung des Krebses“. Der Redner erklärte, daß die an einem großen Krankenstand gewonnenen Dauererfolge von Prof. Döderlein in München und Prof. Baisch in Stuttgart den Vergleich mit besten ausländischen Statistiken aushalten. Es ist erfreulich, daß Stuttgart beim Ausbau dieser modernen Behandlungsweise an führender Stelle genannt werden darf.

**Bereinigung des katholischen Adels in Württemberg, Baden und Hessen.** Der „Bereinigungskomitee Süddeutschlands“, hielt am 13. Mai unter dem Vorsitz des Grafen v. Reipperg ihre Jahresversammlung in Stuttgart ab. Eine gemeinsame heilige Messe vereinte die Teilnehmer in der Kapelle des St. Vinzenzhauses. Nachher sprachen Universitätsprofessor Dr. Simon in Tübingen über „Staat und Kirche“ und Justizminister Dr. Beyerle über „Politischer Radikalismus und katholische Weltanschauung“. An die Vorträge schloß sich eine Aussprache an.

**Stuttgart, 18. Mai.** Meißerheld. Montag nachmittag drei Uhr mißhandelte am alten Postplatz ein 21jähriger Burche das ihn begleitende junge Mädchen anscheinend aus Eifersucht. Ein vorübergehender älterer Herr wollte dazwischentreten, wurde aber plötzlich von dem Burchen mit einem feststehenden Messer in den Unterleib gestochen; ebenso wurden andere zur Hilfe eilende Personen von dem sich wie wild Gebärdenden bedroht. Als gleich darauf die Polizei kam, warf er das Messer weg, wurde aber, bis er verhaftet werden konnte, von der mit Recht erbosten Menge verprügelt.

**Todesfall.** Studiendirektor a. D. Karl Pfeiffe ist am Samstag im Alter von 69 Jahren gestorben. Er war von 1914 bis 1929 der erste Leiter der Wagnburgrealschule.

**Der alte Jaharodbahnhof nach Degerloch** ist auf den Abbruch ausgeschrieben.

**Lebensmüde.** In einem Haus der Pfarrstraße hat sich eine 42 J. a. Frau und in einem Haus der Klingenstrasse in Gablenberg ein 47 J. a. Mann erhängt. — Ferner meldet der Polizeibericht drei Selbstmordversuche.

## Aus dem Lande

**Walbtngen, 18. Mai.** Schwere Unfall. D 22 J. a. Ingenieur Konzelmann wurde auf der Straße nach Winnenden von einem Auto überfahren, wobei ihn der Fuß unterhalb des Knies abgedrückt wurde. Im Krankenhaus mußte ihm der Fuß abgenommen werden.

**Gmünd, 18. Mai.** Jubiläum der Dentisten-Fachschule Gmünd. Am Sonntag beging die Dentisten-Fachschule an der Gmünder Gewerbeschule ihr zehnjähriges Bestehen. In einer schlichten Feier sprach der Fachlehrer Hauptmann über die Entwicklung und die Ziele der Fachschule. Anschließend fand eine Besichtigung einer Ausstellung von Schülerarbeiten und Zeichnungen statt.

**Vom Lande, 18. Mai.** Winke für Pilzfrende. Die Zeit, in der die meisten Pilze gefunden werden, beginnt 2-4 Tage nach starken Regenfällen. Der Sammler soll die Pilze nicht herausreißen, sondern vorsichtig abbrechen oder mit einem Messer abschneiden. Die Pilze sind sofort an Ort und Stelle zu reinigen, die unbrauchbaren Teile sind zu entfernen und maderhaltige Pilze wegzulassen. Zu alte und nasse Pilze lassen sich nicht essen, sondern lassen sich vor Augen, daß auch ein ehbarer Pilz schädlich wirken kann, wenn er zu alt oder unfachgemäß aufbewahrt wird. Der Transport soll nicht in Rucksäcken erfolgen, am besten nimmt man Körbe oder Schachteln. Zu Haus sind die Pilze alsbald aus dem Behälter zu nehmen und über Nacht auf einem sauberen Tuch auszubreiten. Spätestens am Tag nach dem Sammeln sollen die Pilze genossen werden. Die vielfach verbreitete Meinung, daß sich giftige Pilze daran erkennen lassen, daß z. B. ein in das Pilzgeruch gehaltener silberner Löffel oder eine mitgetauchte Zwiebel sich schwärzt, ist durchaus unrichtig. Selbst der Geschmack gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß giftige Pilze vorliegen. So schwärzt z. B. der Knollenblätterpilz, eine Verwechslung des Champignons, gut und läßt sich durch kein wie immer geartetes Hausmittel erkennen. Dieser Knollenblätterpilz ist besonders gefährlich, weil die Wirkung erst viele Stunden nach dem Genuß auftritt, zu einem Zeitpunkt, wo Gegenmittel nicht mehr viel nützen, da das Gift schon in das Blut übergegangen ist. Die meisten Vergiftungen, von denen man hört, sind auf den Knollenblätterpilz zurückzuführen. Darum oberstes Gebot: Verwende keine Pilze, die du nicht sicher als unschädlich erkennst!

**Horreum in Walbtngen, 18. Mai.** Frecher Diebstahl. Vor 8 Tagen wurden aus einer großen Hühnerfarm hier 300 junge Hühner, ein Teil 8 Wochen alt, die andere stark 14 Tage alt, gestohlen. Der Täter wurde in der Person eines Einwohners von Bietigheim ermittelt. Er wurde ins Gefängnis nach Bietigheim verbracht. Von den Hühnern, welche Leghorn, ist nur noch etwa die Hälfte vorhanden; die andere Hälfte dürfte umgekommen sein.

**Tübingen, 18. Mai.** 70. Geburtstag. Universitätsprofessor Geh. Justizrat Dr. Arthur Senno Schmidt, theol.

Chrendoktor, wird am 20. Mai 70 Jahre alt. Er wirkte seit 1913 als Professor für Bürgerliches Recht und Kirchenrecht in Tübingen.

**Wechsel in der Leitung des Amtsgerichts.** Der neue Vorstand des Amtsgerichts, Amtsgerichtsdirektor Smelin, hat am 15. Mai sein Amt angetreten. Sein Amtsvorgänger, Amtsgerichtsdirektor Abel ist seinem Wunsch entsprechend in den Ruhestand versetzt worden.

**Französische Militärflugzeuge über Tübingen?** Am Samstag nachmittag gegen 5 Uhr überflogen laut Tübinger Chronik unsere Stadt in beträchtlicher Höhe (etwa 3000 Meter) drei Flugzeuge. Ob es sich hier um die in Schweinfurt gelandeten Militärflugzeuge handelt, wird sich aus der inzwischen eingeleiteten Untersuchung ergeben.

**Wildbad, 18. Mai.** Todesfall. Am Samstag morgen starb Rektor a. D. Hans Eppler im 77. Lebensjahre. 50 Jahre, seit dem Jahre 1874, wirkte der Verstorbene mit viel Fleiß und großer Treue an der hiesigen evangelischen Volksschule. 1920 wurde er Rektor der Schule und trat am 1. November 1925 in den Ruhestand.

**Ebersbach, 18. Mai.** Ertrunken. Drei Knaben stiegen am Samstag nachmittag in einem am Filsufer angelegten Kahn. Dabei fiel der 14jährige Sohn Gerhard des Brühlwirts Hees ins Wasser und sank unter, da die Fils an der betreffenden Stelle 2 Meter tief ist. Die Leiche wurde geborgen.

**Ulm, 18. Mai.** Kundgebung des Reichsbundes der Kinderreichen. Der Reichsbund der Kinderreichen hielt gestern hier einen Landesvertretertag ab. Der Tagung voraus ging am Samstag eine öffentliche Kundgebung. Oberlehrer Rau in Ludwigsburg behandelte das Thema „Die kinderreiche Familie in der Not der Zeit“. Leider seien es gerade oft die kinderreichen Väter, die bei Entlassungen zuerst an die Reihe kommen. Der Landesverband ist in dieser Beziehung schon wiederholt mit Erfolg eingeschritten. Der Redner behandelte dann die Wohnungsfrage, die Steuerverhältnisse und zeichnete die Forderungen in diesen Punkten. Er verurteilte die neueren Verordnungen, die besonders die kinderreichen Familien treffen. Wir wollen, daß die Familie nicht zerfallen, sondern aufgebaut und gefördert werde. Der Vortrag fand großen Beifall.

**Berg, 18. Mai.** Den Fuß durchstochen. Sonntag nachmittag trat das etwa 14jährige Töchterchen Anna von Josef Geyer in einen Nagel, der ihm förmlich den Fuß durchstach. Das Kind mußte sofort im Krankenhaus Ebingen einer Operation unterzogen werden.

**Schelllingen, 18. Mai.** Einbruch in den Bahnhof. In der Nacht auf Samstag wurde in den Diensträumen des hiesigen Bahnhofs ein Einbruchdiebstahl verübt. Den Dieben fielen 60 Mark und eine Browningpistole in die Hände. Mit Ausnahme von etwa 20 Mark Schalterfahrgeld handelt es sich um Privatgelder der Beamten.

**Friedrichshafen, 18. Mai.** Das Deutsche Auslands-Institut als Gast in Friedrichshafen. Den Teilnehmern der Jahrestagung des Deutschen Auslands-Instituts wurde als Abschluß der Verlammlung am Samstag nachmittag ein Ausflug an den Bodensee mittels Sonderzug geboten. Zwei geplante Blütenfahrten mit „Graf Zeppelin“ rund um den Bodensee konnten der mißlichen Windverhältnisse wegen nicht durchgeführt werden. Abends er-  
reichten sich die Mitglieder und Gäste des Auslands-Instituts in einem Essen im „Kurgartenhotel“. Am Sonntag wurde ein Ausflug auf den Pfänder unternommen; abends führte ein Sonderzug die Gäste nach Stuttgart zurück.

**Riedlingen, 18. Mai.** Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Am Sonntagabend kam es in Riedlingen zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten von Ebingen, Balingen und Tübingen und von Stuttgart heimkehrenden Nationalsozialisten aus Tettnang, Wangen und Friedrichshafen. Mit Knütteln und Pfastersteinen gingen die Kommunisten auf die Nationalsozialisten los. Verletzungen gab es auf beiden Seiten schwere. Dank dem energischen Eingreifen der vom Feuerwehrrat in Buchau zurückkehrenden Wehrkräfte der hiesigen Feuerwehr konnten die Rädelsführer der Kommunisten gestellt und die Ruhe wieder hergestellt werden.

**Buchau a. F., 18. Mai.** Teurer Hund. Franz Maier zum „Adler“ hier hat seinen prächtigen Leonberger zum Preis von 800 M an einen Stuttgarter Fabrikanten verkauft.

**Schuffried, 18. Mai.** Beerdigung. Unter großer Beteiligung wurde letzte Tage die erst 47 J. a. Hauptlehrerin Josefine Schlichte hier begraben. Nach vorübergehender Verwendung in Baidt, Ellwangen, D. Leutkirch und Reutkirch wirkte sie 22 Jahre mit gutem Erfolg in hiesiger Schule.

**Weingarten, 18. Mai.** Tödlicher Unfall. Beim Hochziehen eines Wagens mittels mechanischen Aufzugs in der Scheuer des Landwirts Deuringer hier fiel der 18jährige Wienst zufolge seitlichen Abgleitens des Wagens so unglücklich zu Boden, daß er kurze Zeit darauf seinen schweren Verletzungen erlegen ist.

**Wangen i. A., 18. Mai.** Ueberfall. Am Freitag vormittag wurde eine auf dem Weg zur Arbeitsstätte befindliche Arbeiterin aus Riehlgen in der Lindauer Straße angefallen und durch Messerhiebe verletzt. Die Verletzungen sind nicht gefährlich. Die Tat war von langer Hand vorbereitet. Der Täter gibt als Lot zur Tat unglückliche Liebe an.

**Von der bayerischen Grenze, 18. Mai.** Unbekannte Leiche. — Unfälle. Bei Donaueschingen wurde eine angeschwemmte männliche Leiche aus der Donau gezogen. Der Tote, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, trug ein Gesangbuch in der Tasche. — Die zehnjährige Tochter Edeltraut des Hauptlehrers Heinrich Seefried in Bad Wörishofen wurde mit ihrem Fahrrad von dem Gemeinde-Motorsprengwagen erfasst und einige Meter weit geschleift. Das Kind erlitt so schwere Verletzungen, daß es nach kurzer Zeit starb. — Glasmalereibesitzer Bernhard Mittermaier in Lauingen war mit der Ausrüstung von beschädigten Glasfenstern in der Spitalkirche beschäftigt, als das Gerüst brach und Mittermaier aus etwa 6 Meter Höhe in die Beistühle der Kirche hinabstürzte. Er erlitt schwere Rippenverletzungen.

**Vom bayerischen Allgäu, 18. Mai.** Pflanzenschutz in den Bergen. Wie aus den Beratungen der Allgäuer Bergwacht, die kürzlich in Sonthofen stattfanden, hervor geht, soll der Pflanzenschutz in umfassender Weise durchgeführt werden. Im Lauf des Sommers werden 70 Patrouillen mit etwa 200 Mann durchgeführt werden, die durch Gendarmenbeamte in besonders gefährdeten Gebieten

unterstützt werden. Als Hauptfeind des Pflanzenschutzes werden Sennen und Hirten bezeichnet; der Verbreitung des Edelweises wird besonderes Augenmerk gewidmet sein.

\*

Bei der Ortsvorsteherwahl wurden gewählt: In Neuhausen a. Fild. Gemeindepfleger Rothenbacher aus Neuhausen; in Sigmarswangen O. O. Schuldarlehensassenrechner Wilhelm Scheurenbrand; in Benzengimmern O. Ellwangen Landwirt und Vorstand des Darlehensassenvereins Heinrich Hahn; in Belfheim der feitherige Bürgermeister Kall; in Sternfels O. Maulbronn Amtsverweser Graze.

## Alltägliche Dienstaussagen

In den Ruhestand versetzt: Gewerbeschulrat Stadelmaier in Gmünd, Oberlehrer Schlienz an der kath. Volksschule in Böh. O. Wangen.

Versetzt: Reichsbahnrat Köstl beim Maschinenamt Regensburg als Vorstand zum elektrotechn. Neubauamt Ulm, techn. Reichsbahn-obersekretär Walter Fischer in Hirsberg (Schlesien) nach Stuttgart (elektrotechn. Neubauamt), Reichsbahnsekretär Bauger in Bad Liebenzell nach Baihingen (Oz.) Reichsbahnhof.

Aus dem Schuldienst entlassen: Hauptlehrerin Rau an der evang. Volksschule in Dinstmettingen auf Ansuchen.

Benannt: Zollrat Baldauf, Vorsteher des Hauptzollamts Neutlingen, zum Oberzollamt.

## Lokales.

Wildbad, den 19. Mai 1931.

**Lichtbildervortrag am Freitag 22. Mai im Kurfaal.** Freitagabend 9.30 spricht im Kurfaal der ehemalige U-Bootkommandant Freiherr von Spiegel an Hand reichen Lichtbildermaterials über das Thema „Die Wahrheit über den U-Boots-Krieg“. Gewiß ist es für jedermann interessant, einmal von einer ersten Autorität, einem Fachmann auf diesem Gebiet, der sein Urteil auf eigenstem Anschauen und Miterleben aufbaut, die nötigen Aufschlüsse darüber zu erhalten, was uns heute alle noch nach dem unglückseligen Ausgang des Weltkrieges bewegen muß: „Hätte der U-Bootskrieg überhaupt einen Zweck und was war seine Wirkung?“ Ilustriert werden die Ausführungen durch gute Lichtbilder. Der Redner ist übrigens auch bekannt durch seine trefflichen Schilderungen spannender U-Bootslebnisse in einer Reihe vielgelesener Bücher.

**Tanzabend im Kurfaal am 16. Mai.** Samstagabend — leider heute im kleinen Saal. Es sind noch nicht allzuviel Paare da. Trotzdem liegt die solche Abenden eigene Stimmung über dem Ganzen. Bornehme Sachlichkeit. Das Sogophon lacht, ein wenig gefühllos, wie es so seine Art ist; aber die Geige singt und klagt süß, und die Musiker der guten eigens bestellten Tanzkapelle summen die Melodie. Hübsche Koben, schöne Schulkern, interessante Gesichter unterhalten das Auge; da tritt das vielgeleitete Tanzpaar Singer auf und bietet, Schwung und Grazie in sich vereinigend, die intimen Reize neuester Tanzschöpfungen in vornehmster Form. Sie, biegsam und schmiegsam wie eine Verte; er in tadelloser aufrechter spielender Tanzhaltung, schaffen sie beide, in vollendeten Tanzfiguren vereint, einen sehr feinen Eindruck — — — Verleender Wein im Glase — erfreulicherweise zu sehr annehmbaren Preisen — füllt sich im Eiskübel. Wir möchten über die neuesten Tänze, die das flotte Tanzpaar auch in Einzelkursen lehrt, ein andermal berichten. Heute genießen wir nur den süßigen Stil und die Stimmung, die über den festlich gerichteten Räumen und Menschen schwebt wie die ewig heitere Göttin der Schönheit, der Freude und der Grazie. E.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Der Meistertum von Rothenburg.** Vor wenigen Tagen beging die Stadt Magdeburg den 300. Gedenktag der Benennung der Stadt durch den kaiserlichen General Tilly. Auch die Stadt Rothenburg ob der Tauber schickt sich an, ein allerdings freudigeres 300jähriges Jubiläum zu begehen. Im Dreißigjährigen Krieg wurde die damals wichtige Stadt bald von den Schweden, bald von den kaiserlichen besetzt. Als Tilly einzog, wollte er die Stadt plündern und niederbrennen lassen. Der Altbürgermeister erwarb Gnade, wenn er es fertig brähe, einen großen Humpen Wein in einem Zug zu leeren. „Er legt ihn an, er trank ihn aus“ — ein Meistertum, denn der Humpen faßte 13 bayerische Maß. Tilly mußte sein Wort halten, der „Meistertum“ hat die Stadt gerettet. An Pfingsten wird nun das geschichtliche Schauspiel „Der Meistertum“, das jene Tat des Altbürgermeisters verherrlicht, zum 50. Mal in Rothenburg aufgeführt.

**Politik auf Briefumschlügen nicht statthaft.** In letzter Zeit sind von nationalsozialistischer Seite Briefsendungen häufig mit einem Klebezettel versehen worden, der neben dem Hakenkreuzabzeichen die Inschrift trägt: „Trotz Verbot nicht lot“, oder ähnliches. Der Reichspostminister hat, wie der Sozialdemokratische Pressedienst mitteilt, die Postanstalten darauf hingewiesen, daß Briefsendungen, auf deren Außenseite sich Angaben politischen Inhalts befinden, zur Postbeförderung nicht angenommen werden dürfen.

**Kirchenraub in Prag.** In der Tein-Kirche in Prag wurde eine aus dem Jahr 1770 stammende Monstranz zertrümmert und kostbare Steine aus ihr ausgebrochen. An Marienbildern wurde Goldschmuck aller Art geraubt und eine Anzahl Opferstöcke erbrochen.

**Große Brände in Japan.** In Matsue Honshu (Idzumi) sind ungefähr 700 Häuser niedergebrannt. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Yen geschätzt. (Ein Yen gleich 2 Mark). — Die Stadt Akita (Nordjapan) wurde durch eine gewaltige Feuersbrunst fast vollständig zerstört; über 580 Häuser sind zerstört, 27 Menschen sind ums Leben gekommen. — Dies war der sechste große Brand in Japan in einer Woche.

Zwei neue Großfeuer haben am Sonntag gewütet, das eine in Aigata, wobei 70 Häuser zerstört und 9 Feuerwehrleute ernsthaft und 12 leichter verletzt worden sind, weil die Dampfspritze in den Fluß gestürzt; das andere brach während des Seidenmarkts in Kanekona in dem Bezirk Gumma aus. 14 Personen sind in den Flammen ums Leben gekommen; 30 Schwer- und 150 Leichtverletzte sind zu beklagen. Das Feuer entstand in einem Lichtspielhaus während der Vorstellung, der etwa 800 Personen, meist Frauen und Kinder, beiwohnten. Es brach eine Panik aus, bei der viele zu Boden getreten wurden.

**Nicht Militärgelände in den französischen Hochalpen abgeteilt.** In der Nähe der Ortschaft Charpeux in den frag-



Alpischen Hochalpen ist infolge der Hitze der letzten Tage ein Bleischiefer stark abgeschmolzen. Rund 1000 Kubikmeter Schmelzwasser gingen zu Tal, rissen acht Gebäude, die militärischen Zwecken dienen, fort und beschädigten vier weitere.

**Unterföhlung.** Bei der Kommerz- und Privatbank Zweigstelle Hörter (Westf.) sind Unterföhlungen im Betrag von 150 000 Mk. entdeckt worden.

**Stiftung für die Göttinger Universität.** Konrad Frick Groenewolt-Benz, ein gebürtiger Ostpreuße, hat dem Institut für Lebensübungen an der Universität Göttingen eine Stiftung in Höhe von 100 000 Mark gemacht, die dazu dienen soll, dem Institut große Sportanlagen zu schaffen.

**Zeitungsverbot.** Die deutsch-nationale „Oberfließische Zeitung“ in Oppeln ist wegen Beleidigung des Reichsministers Treviranus bis 4. Juni verboten worden.

**Preisgekürzte deutsche Arbeit.** Das Eugenische Institut der Vereinigten Staaten hatte vor einem Jahr ein internationales Preisausreiben über die Ursachen des Geburtenrückgangs im europäischen Kulturkreis ausgeschrieben. Der erste Preis ist Dr. Roderich von Ungern-Sternberg (Berlin) für seine Arbeit zuerkannt worden.

**Mit dem Balkon in die Tiefe gestürzt.** In Mannheim löste sich Mittwochabend ein im fünften Stock eines Hauses nach dem Hof liegender Balkon, auf dem sich vier Personen befanden, und stürzte in die Tiefe. Die 30 J. a. Ehefrau Knäus starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Ihr Ehemann stürzte mit den beiden anderen Personen auf den im 4. Stock befindlichen Balkon. Alle drei wurden schwer verletzt.

## Sport

**Hinenburg-Pokal 1930.** Reichspräsident v. Hindenburg empfing im Montag den Sieger im Wettbewerb mit Sportflugzeugen 1930, den Fabrikanten Heinrich Martin Schlerf aus Mannheim, dem das Preisgericht die erste Stelle zuerkannt hatte, und überreichte ihm den Hinenburg-Pokal 1930.

**Fallschirmabsperrung aus 4400 Meter Höhe.** Die Kunstfliegerin Pola Schröder-Berejcov hat beim Großflugtag in Leipzig-Medau am Sonntag mit ihrem 109. Fallschirmabsperrung aus 4400 Meter Höhe ihre eigene Weltbestleistung für Frauen von 2600 Metern, die sie im Herbst 1929 aufgestellt hat, wesentlich überboten. Der Abstieg gelang planmäßig. Sie legte dabei 18 Minuten eine Strecke von etwa 20 Kilometer zurück.

## Handel und Verkehr

### Reichsbankausweis vom 15. Mai

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Mai 1931 hat sich in der zweiten Maiwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 255,7 auf 1700,9 Millionen RM verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 166,8 auf 3909,9 Mill. RM verringert, derjenige an Rentenbankscheinen um 1,5 auf 403,5 Mill. RM erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 279,4 Mill. RM eine Abnahme um 53,3 Mill. RM. Die Goldbestände haben um 0,4 auf 2370,3 Mill. RM, und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 1,5 auf 170,8 Mill. RM zugenommen. Die Deckung des Notens durch Gold allein erhöhte sich von 58,1 v. H. in der Vorwoche auf 60,8 v. H., diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 62,3 auf 65,0 v. H.

### Die Marktlage

Die Buttermärkte zeigten in der abgelaufenen Woche einen fühlbaren Rückgang des Inlandsangebots. Die Futtermittel sind knapper geworden, der Frischmilchbedarf nimmt zu. So kam der Markt von der Bezeichnung „ruhig“ zu „stetig“. Trotzdem konnten sich die günstigeren Verhältnisse in der Preisgestaltung nicht oder nur vereinzelt (z. B. in Berlin) auswirken, da ein großes Auslandsangebot zu gedrückten Preisen gegenüberstand. Kempten konnte die bisherige Notierung von 1,06—1,12 Mk. halten. Die heutige Marktlage dürfte bis zur Grünfütterung bestehen bleiben.

Im Weichkäsegeschäft hat die Besserung Erzeugungsgebiet angehalten. Der Großhandel ist in Anbetracht der

verringerten Wärfels in diesem Jahr fröhlicher zur Umdeutung geschritten. Wenn auch die Kemptener Notierung für grüne Ware noch unverändert geblieben ist, so wurde doch schon in Kaufbeuren eine Erhöhung auf 19—22 Mark vorgenommen. Die Stimmung für Emmentaler ist nach wie vor freundlich und hat zu Preisrückführungen für 2. und 3. Güte geführt. Die günstigere Preisgestaltung kann vorläufig als dauernd angenommen werden, da die Vorräte im Allgäu und in der Schwyz bedeutend geringer sind als im Vorjahr um diese Zeit. Kempten notierte 95—102, 90—93, 86—89.

Im Eiergeschäft konnte sich eine stetige Grundstimmung behaupten. Die Nachfrage nahm weiter zu; die derzeitigen Eierpreise haben in Verbindung mit dem nun zu Markt kommenden Frischgemüse die Eier zu einem der billigsten Nahrungsmittel gemacht. Die Zufuhren vom In- und Ausland haben allerdings zugenommen, doch dürfte der Höhepunkt der diesjährigen Eierzeugung bald überschritten sein. Die Preise konnten teilweise leicht anziehen. Nur Ostener sind billiger, holländische und dänische meist etwas teurer als die deutschen.

Die regere Nachfrage, die vor Feiertagen auf den Schlachttiermärkten einzutreten pflegt, kam dem Schweinegeschäft zu statten, das weiter bei anziehenden Preisen fest blieb. Die Zahl der Märkte, die über 50 Mk. notierten, hat zugenommen. Dagegen war der Einfluss der besseren Schweinemärkte auf das Rindergeschäft ganz gering. Die süddeutschen Märkte konnten sich eben noch annähernd behaupten, die übrigen gingen weiter zurück. Der Rindermarkt war bestenfalls behauptet, meistens jedoch schwach. Der Schaftmarkt blieb unbefriedigend.

Die Nachfrage nach Frischgemüse ist dauernd im Steigen, ebenso aber auch die Nachfrage des Marktes. Die Preise sind in möglichen Grenzen rückläufig, der stärkere Verbrauch verhindert ein stärkeres Absinken, zumal das Obst rar und sehr teuer ist. Aus Australien sind nun stärkere Sendungen von Zepfeln eingetroffen. Holland liefert zurzeit hauptsächlich Salat und Blumenkohl. Ägypten Zwiebeln.

Auf dem Saatmarkt hält die starke Nachfrage an, vor allem für Grassmischungen. Notiert wurden: Rottweil 74—86, 78, 74, 74—140, Gelbweil 36—40, Luzerne 70—105, Timothy 46 bis 54, engl. Raigras 32—38, franz. Raigras 120—130, Gparfette 36 bis 40, Sandwicken 24—32, brauner Buchweizen 16—18.



Zur Gesundheitshaltung!

Nach monatelanger ruhiger Ruhe am Hofenmarkt erschienen wieder Anzeichen einer besseren Belebung. Der Handel nahm größere Posten zu Ausfuhrzwecken an sich. Aber dies dauerte nur kurze Zeit; schließlich sank das Geschäft in den alten Dornröschenschlaf zurück. — In den Hopfengärten sind die ersten Kulturarbeiten durchgeführt und es konnte mit dem Stämmen begonnen werden. Das Eintreten der warmen Witterung hat das Wachstum stark gefördert. Viele Anlagen sind ausserordentlich. — Der Tabak wird knapp. Nach alten Jahressagen mit Steuerrückverpflichtung von 40 Mk. je Zentner bestand lebhafter Nachfrage bei festen Preisen. Für leichtere Sorten wurde 55—65 Mk. für gute bis 130 Mk. d. Str. bezahlt. Auch für die Tabake 1930 zeigt sich eine bessere Aufnahmemöglichkeit: Sandblatt kost 120—140 Mk. Binnen fanden gute Nachfrage. Fermentation und Entwicklung der Seglinge waren durch die kühle Witterung verzögert.

Berliner Dollarkurs, 18. Mai, 4,1955 G., 4,2035 B.  
Dt. Wk.-Mk. 55,10.  
M. Wk.-Mk. ohne Ausl. 4,60  
Berliner Geldmarkt, 18. Mai, Tagesgeld 5—7 v. H., Monatsgeld 5,25—5,5—6,75 v. H.  
Privatdiskont 4,625 v. H. kurz und lang.

**Der Postverkehrsverkehr im April.** Die Zahl der Postkonten im Reich hat im April einen Zuwachs von 1832 auf 999 750 erfahren. Die Guthaben auf den Postkonten betrugen Ende April 497,64 im Monatsdurchschnitt 554,57 Millionen Mark. Der Gesamtumsatz stellte sich auf 61 788 000 Stück und über 10 910,5 Millionen Mark, wovon 8726,6 Millionen bargeldlos beglichen wurden. Im Ueberweisungswesen betrug der Saargebiet und dem Ausland wurden 21,8 Millionen Mark umgelegt.

Die Sildarlehen für die deutsche Landwirtschaft können nach einer Mitteilung des Reichsministeriums bis auf wei-

teres fortgesetzt werden, nachdem im Wintergesetz die Verzugsdauer des Gesetzes über die Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung (22. Juni 1928) beschlossen worden ist.

**Die Ausgabe der Berliner Kraft und Licht AG-Aktien** (der Gesellschaft, die die Berliner Stadt-Elekttrizitätswerke übernommen hat) ist um mehrere Millionen überzeichnet worden. Auf die freien Stücke werden nur 60 v. H. zugeteilt.

**Bernichtung von Kaffee in Brasilien.** Aus Rio de Janeiro wird der Times gemeldet, daß der Kaffeestaatenrat begonnen hat, nach den Bestimmungen des neuen Kaffeesteuergesetzes Kaffee zur Vernichtung aufzukaufen. Die Vernichtung soll noch im Lauf des Monats vorgenommen werden. Der Rat beschäftigt sich auch mit der Ausarbeitung einer Reform der Kaffeebörsen in Santos, Rio de Janeiro und Victoria, die die Lieferung und den Ankauf von Kaffee zur Vernichtung erleichtern soll.

**Der Zementabsatz im April.** Die im April eingetretene Belebung des Zementabsatzes bleibt weit hinter der bei einigermaßen normaler Baumarktentwicklung sich ergebenden Umfangmenge zurück. Es wurden im April 1931 nur 434 000 Tonnen abgesetzt, gegen 570 000 Tonnen im April 1930 und 816 000 Tonnen im April 1929. Im Vergleich zum Absatz von 1929 liegt also nahezu eine Halbierung vor.

**Die Zigarettenfabrik Richard Greiling AG-Dresden** hat 1930 einen Rohgewinn von 58,4 Mill. Mk., dem Unkosten von 35 Mill. gegenüberstehen. Nach geringen Abschreibungen bleibt ein Reingewinn von 20 000 Mark. Eine Dividende wird nicht verteilt (1928 12 v. H., 1929 4 v. H.).

**Deutsche Kugellagerfabrik in Rußland.** Die Räteregierung steht gegenwärtig mit der Firma Alfred H. Schütte in Rostow-Don in Verhandlungen über die Errichtung einer Kugellagerfabrik in Rußland. Die Bautkosten der Fabrik werden auf 5 Mill. RM veranschlagt. Die deutsche Firma soll gleichzeitig im Laufe von sieben Monaten die Ausrüstung der Kugellagerfabrik liefern.

**Dividendenerhöhung und Kapitalerhöhung bei der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft.** Die zum Standard Oil-Konzern gehörende Gesellschaft wird für 1930 eine Dividende von 6 Prozent (1929: 9, 1928: 15 Prozent) in Vorschlag bringen. Ferner wird Antrag auf Erhöhung des bereits im vorigen Jahr von 40 auf 50 Mill. RM. erhöhten Aktienkapitals auf 63 Mill. RM. gestellt.

**Vereinbarung bei Nordwest.** In dem Tarifstreit zwischen dem Arbeitnehmerverband der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie und den Metallarbeiterverbänden wurde folgende Vereinbarung geschlossen: 1. Der bestehende Rahmentarif vom 26. Mai 1930 wird bis zum 31. Mai 1932 unverändert verlängert. 2. Der Schlichter für Westfalen wird die Parteien im Lauf des Juli zu Verhandlungen über den Lohnstarif einladen.

**Generaltarif in der nordfranzösischen Webindustrie.** Die Webarbeiter in den Bezirken Roubaix und Tourcoing sind am 18. Mai in den Generaltarif eingetreten. Es kommen etwa 120 000 Arbeiter in Betracht.

**Zahlungseinstellung.** Holzgroßhandlung Georg Münzer in Frankfurt-Adelheim.

**Stuttgarter Börse, 18. Mai.** Die heutige Börse eröffnete zu recht schwachen Kursen. Auch im Verlauf bröckelten die Kurse weiter ab. Schluß schwach. Rentenmarkt behauptet.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

**Stuttgarter Landesproduktbörse, 18. Mai.** Der Bezug von zollbegünstigtem Weizen ist den Mühlen, die Erlaubnisbescheinigungen erhalten, seit 15. Mai gestattet. Die Gültigkeit dieser Begünstigung erstreckt sich nur auf einen Monat und löst sich schon aus diesem Umstand schließen, daß die Unsicherheit auf dem Getreidemarkt auch weiterhin anhält und jede Unternehmungslust unterdrückt. Die Umsätze erstreckten sich auf Deckung des notwendigsten Bedarfs. Es notierten je 100 Kg.: Auslandsweizen (zollbegünstigt) 31,50—33,50 (am 11. Mai: 36,50—38,50), würt. Weizen 30,50—31,50 (29,50 bis 30,50), Hafer 20—21 (unv.), Weizenheu (lose) 4—5,50 (unv.), Stroh (lose) 5—6 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 3—3,75 (unv.), Weizenmehl 44,25—44,75 (46—46,50), Brotmehl 32,25—32,75 (34 bis 34,50), Kleie 12,50—13,50 (unv.) Markt. Die nächste Börse findet am Pfingst-Dienstag, den 26. Mai 1931 statt.

Der durchschnittliche Roggenpreis an der Berliner Börse betrug in der Woche vom 27. April bis 2. Mai 1931 19,73 Mk. für 100 Kilo ab märkischer Station.

Die Luftdruckverteilung ist sehr ungleich geworden. Für Mittwoch und Donnerstag ist zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

**K** Verkauf nur im Zigarrenspezialgeschäft **Carl Rometsch** Wilhelmstraße 42  
KREITER INDIANER  
Rein Ubersen-Zigarre und doch nur 104

Wildbad, 18. Mai 1931.  
**Todes-Anzeige.**  
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Vater  
**Johann Eitel**  
nach längerem schwerem Leiden im Alter von 71½ Jahren im Haus der Barmherzigkeit, Wildberg, unerwartet rasch verschieden ist.  
Um stille Teilnahme bittet  
Der Sohn: **Karl Eitel.**  
Beerdigung Mittwoch nachmittag 2 Uhr.  
(Gied 432 Vers 1.)  
**Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat**

**Krieger- u. Militärverein Wildbad.**  
Unser Kamerad **Johann Eitel** ist gestorben, wovon die Kameraden gezeimend in Kenntnis gesetzt werden. Antreten zur Beerdigung am Mittwoch nachmittag 2 Uhr vor der Polizeiwache.  
Der Vorstand.

Wildbad, 19. Mai 1931.  
**Danksagung.**  
Für die uns von allen Seiten erwiesene wohlthuende Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Gatten und Vaters  
**Hans Eppler, Rektor a. D.**  
besonders für die ergreifende Rede des Herrn Stadtpfarrer Dauber, die warmen Worte des Herrn Rektor Dengler, als Schulvorstand u. Vertreter des Bezirksschulamts, sowie den innigen Nachruf des Herrn Oberlehrer Wildbreit für den Bezirkslehrerverein Neuenbürg, ferner auch für den erhebenden Gesang des Bezirkslehrervereins, des Liederkranzes und der Schulkinder, sagen wir unsern tiefgefühlten, herzlichsten Dank.  
Familie Eppler.

**Sicherer Nebenverdienst Garantieeinkommen**  
für junge, saubere Frau, leichte en Invaliden zu **sofort zu vergeben.**  
Kleine Sicherheit für Warenlager erforderlich.  
Eisangebote erbeten unter M 114 an die Tagblattgeschäftsfil.  
**Im Bahnhofshotel**  
sind von heute nachmittag 4 Uhr ab schöne **Hohenloher Läufer Schweine** zu kaufen, wozu Liebhaber einladet **Friedr. Rogel, Schweinehldr., Dillweizenstein.**

Ich empfehle unter Nachnahme meine hoch feine, auf der großen D.L.G. Ausstellung in Köln mit **1. Preis** ausgezeichnete **Bilger's Marken-Tee.**  
**Butter**  
Nr. 0 M. 1.60., Süßrahm-Tee-butler Nr. 1 M. 1.52 d. Pfund porto- und verpackungsfrei ins Haus oder Expressgut. Versand in 9-Pfd.-Paketen zu obigen Preisen, bei 3½ u. 6-Pfd.-Pak. 9 Pfd. d. Pfd. Portozuschlag. Sehr **fettreich** und **sparsam** im Verbrauch. **M. BILGER, Zentral-Molkerel, Aidingen 1 b. Spaichg.**  
Wertvoller **Rosenkranz** Gegen Einrückungsgebühr ab auf dem Calmbacher Waldweg gefunden. zuholen; wo, sagt die Tagblatt-Geschäftsstelle.